LINKES ECHO

Infoblatt der Partei *DIE LINKE.* im Ilm-Kreis

DIE LINKE.

Linkes Echo 17. Jahrgang | Monat April 2011 | Preis: Spende

50 Jahre bemannter Raumflug

So gesehen...

...sind die Wahlen am letzten Märzwochenende für DIE LINKE ernüchternd gewesen. Was sich z.B. schon bei der Bürgermeisterwahl in Plaue im September vorigen Jahres zeigte, als unsere Kandidatin gerade mal fünf Prozent erreichte und sich mit stagnierenden Ergebnissen in Hamburg und Sachen-Anhalt bereits angedeutet hatte, ist in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz offen zu Tage getreten: Der Höhenflug der Partei aus dem Jahre 2009 ist beendet. Die Ergebnisse beider Landtagswahlen, aber auch die der Kommunalwahlen in Hessen, blieben deutlich hinter den Erwartungen zurück. Gemessen an den Ansprüchen, war es ein Desaster.

Über die Ursachen wird viel gerätselt und geredet. Japan, Atomkatastrophe, taktisches Verhalten der Wählerinnen und Wähler werden gern genannt. Da ist bestimmt was dran. Aber es muss auch gesagt werden, in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg ging es nicht um 20 oder 30 Prozent sondern um die Fünf-Prozent-Hürde, die den Einzug in den jeweiligen Landtag bedeutet hätte. Und die fehlende kommunale Verankerung, die dort beklagt wurde, gab es so in Hessen nicht, aber auch dort ist kein signifikanter Zuwachs erreicht worden. Ursachen hin oder her. Wichtiger als deren exaktes herausfinden ist jedoch die Frage: Wie kommen wir aus diesem Tief wieder heraus und vor allem mit wem? Ketzerisch gesagt: Die Kommunismusdebatte von Gesine Lötzsch oder der Porsche von Klaus Ernst waren offensichtlich nicht wirklich hilfreich. Ehemalige und „gefühlte“ Vorsitzende der Linkspartei, gemeint sind Oskar Lafontaine und Gregor Gysi, die noch vor zwei Jahren Massen begeisterten, haben die an Glanz verloren?

Oder ist gar die „soziale“ Idee abgenutzt? War das bereits im „heißen Herbst“, Ende vergangenen Jahres, zu spüren, als sich den Protesten nur wenige angeschlossen haben?

Hat es der LINKEN genutzt oder geschadet, sich als Einzige der militärischen Intervention in Libyen widersetzt zu haben und damit sicherlich ungewollt die Bundesregierung mit ihrer „neutralen“ Position zu stützen, während Bündnis90/Die Grünen Merkel massiv wegen dieser Haltung kritisiert haben? Was nützt eine Programmdebatte, wenn sie nur innerhalb von Parteizirkeln stattfindet und nicht einmal mehr im „ND“, das beklagt, dass es nur noch in 40.000 Exemplaren gedruckt wird? Warum waren nur Herbert Bachmann, Jochen Beer, Klaus Leuner und ich in Kassel, um die dortigen GenossInnen im Wahlkampf zu unterstützen?

Nicht nur die letzte Frage muss jeder für sich beantworten. Es muss aber auch etwas Gemeinsames herauskommen.

Meine Antworten:

Die soziale Idee muss unsere Leitidee bleiben. Aber eben nicht allein. Sie muss mit der Energiefrage verbunden werden.

Frieden ist Frieden, aber eben auch mehr als die Abwesenheit von ausländischer militärischer Gewalt. Frieden muss unter Umständen auch geschaffen werden können.

Gregor Gysi und Oskar Lafontaine haben Unersetzliches für die LINKEN in Deutschland und Europa geleistet. Sie werden noch lange gebraucht. Aber es müssen sich welche an ihre Seite stellen, Profil zeigen und nicht nur von Beiden profitieren.

Was Gesine Lötzsch und Klaus Ernst betrifft, ist zu konstatieren: Die Doppelspitze für die Parteiführung ist zu beenden!

Soweit meine Antworten auf Fragen, die mich bewegen, für die ich aber nur bedingt zuständig bin. Zuständig bin ich als Kreisvorsitzender für DIE LINKE im Ilmkreis und als Vorsitzender für die Fraktion im Kreistag. Genauso wie die Doppelspitze mit geteilter Verantwortung ihre Zeit hatte, genauso ist die Doppelführung bei Amt und Mandat auch eine Zeitfrage. Aus meiner Sicht kann sie beendet werden. Entscheidender ist aber, was soll als Gemeinsames herauskommen? Mein Wunsch: Ein Parteiprogramm, hinter dem sich 85 Prozent der Mitglieder wieder finden und das die restlichen 15 Prozent nicht zwingt, auszutreten und darüber hinaus Leute anregt, sich wieder mehr mit uns zu befassen. Und es muss herauskommen, zu erkennen, die nächste Wahl ist die Wichtigste und die findet voraussichtlich im Mai nächsten Jahres statt. Für diese Wahl brauchen wir eine Kandidatin oder einen Kandidaten als Landrätin oder Landrat, einen Bürgermeisterkandidaten für Arnstadt, und Frank Fiebig braucht unsere uneingeschränkte Unterstützung bei seiner Wiederwahl in Gräfenroda meint

Eckhard Bauerschmidt

Inhalt:

Der „Trend“ ist derzeit kein Genosse	Seite 3
Sofortinformation des Parteivorstandes	Seite 5
Auswirkungen des Hartz-IV-Beschlusses auf die Kommunen	Seite 6
Zensus 2011:	Seite 7
Ingeborg Giewald für starkes Engagement geehrt	Seite 9
Zeugnisse des Kampfes für die Verteidigung der Demokratie vom März 1920	Seite 10
Kleiner Parteitag“ zur Programmdebatte in Thüringen	Seite 11
Ein Wort zum Kommunismus - politischer Stammtisch der Linken des Ilmenauer Stadtverbandes	Seite 12
Warum und Wie kam es zu den Entscheidungen des 13. August 1961?	Seite 13
Ein Sozialist kann Christ, ein Christ muss Sozialist sein!“	Seite 14
Einst geachtet und verehrt, heute „Persona non grata“ - Ernst Thälmann zum 125. Geburtstag am 16. April	Seite 17
Herr Buchtzik und der Rechtsextremismus	Seite 19
Termine	Seite 20

Der „Trend“ ist derzeit kein Genosse

Zwölf Thesen zu den Bestimmungsmomenten der Wahlniederlage der LINKEN bei den Wahlen im Südwesten

In den Ausgaben des Deutschland-TRENDS der Monate Februar und März 2011 hatte sich Infratest dimap der Frage nach den Erfolgsaussichten der Parteien bei den im Jahr 2011 stattfindenden Wahlen gewidmet.

Sowohl der LINKEN als auch der FDP gegenüber äußerten sich die Befragten eher skeptisch hinsichtlich deren Erfolgsaussichten. Die FDP hielten vier von fünf Befragten für weniger bzw. gar nicht erfolgreich. Bei der LINKEN äußerten sich mehr als zwei Drittel skeptisch, während ein Viertel der Befragten annahm, die LINKE würde erfolgreich oder sogar sehr erfolgreich sein. Diese Bewertung war ein Warnsignal im Vorfeld der Landtagswahlen im Südwesten.

„Der Trend“ ist derzeit kein Genosse. Die Themen „Arbeitslosigkeit“ und „soziale Gerechtigkeit“ stehen aktuell nicht auf den vorderen Plätzen der öffentlichen politischen Agenda. Symptomatisch dafür ist, dass sowohl in Rheinland-Pfalz als auch in Baden-Württemberg beide Themen erheblich an Gewicht verloren haben und 2011 weit hinter anderen Themen rangierten.

In beiden Ländern ist das Image der LINKEN auf der Skala von +5 bis -5 mit einem Wert von jeweils -2,7 eindeutig negativ. Die Partei DIE LINKE. nimmt damit in den Augen der Gesamtbevölkerung eine Außenseiterinnen-Rolle ein – und damit auch ihre Wähler/-innen. Dies muss nicht zwingend von Nachteil sein, doch offensichtlich gab die Stimmung in beiden Ländern bei dieser Wahl Außenseiterinnen keine echte Chance.

Beide Landtagswahlen standen unter dem Eindruck der japanischen Dreifach-Katastrophe aus Erdbeben, Tsunami und AKW-Unfällen. Die Umwelt- und Energiepolitik dominierte die letzten Wahlkampfwochen. Nicht nur die seit jeher bestehende Hegemonie der Grünen in der Umweltpolitik und ihre auf allen Ebenen jeweils höchsten Kompetenzwerte bei diesem Themenfeld, sondern auch das Agieren der Bundesregierung (Morato-.rium) bestätigten im Nachhinein die Grünen als die Partei, denen man am ehesten zutraut den Atomausstieg durchsetzen zu können. Die Grünen lagen also im Prinzip richtig – das unterstrich letztlich auch DIE LINKE, die sich von ihrer ökologischen Konkurrenz allein durch die Forderung nach dem sofortigen und unmittelbaren Atomausstieg unterschied. Also dem radikaleren bzw. konsequenteren Atomausstieg. Der LINKEN gelang es dabei aber nicht, das Thema Energie- und Umweltpolitik mit ihrem Kompetenzkern Soziale Gerechtigkeit zu verknüpfen. Dass diese Verbindung nicht gelang und es zugleich eine Partei gab, auf die „der Trend“ zulief, führte zum Paradox, dass die LINKE durch eigenes Handeln Gefahr lief, die Wähler/-innenbewegung in Richtung Grüne selbst zu unterstützen. Die Zahlen aus Baden-Württemberg sprechen dafür, dass genau das geschehen sein könnte: Für die Wähler/-innen der LINKEN hatte „soziale Gerechtigkeit“ wahlentscheidende Priorität, aber das politische Wirkungsfeld des Themas engte sich mit der Ausbreitung des Umwelt- und Energiethemas immer weiter ein.

In beiden Ländern musste DIE LINKE aus der außerparlamentarischen Opposition heraus agieren. In großen Flächenländern, zudem mit einer traditionell konfessionell, bürgerlich-ländlichen Bevölkerung stellt das eine enorme Herausforderung an die Parteistrukturen und –organisation dar, zuweilen eine Überforderung. Hinzu kam das Wahlrecht, dass in Baden-Württemberg eine Personenwahl notwendig macht, um eine Partei zu wählen.

In beiden Ländern, mehr noch in Rheinland-Pfalz, besitzt die Partei kaum landespolitische Erfahrung und Referenzen. Aus dem Umfeld konnte sie weniger Unterstützung erwarten als bei Bundestagswahlen. Die Partei wurde vor allem als Partei wahrgenommen, die Ungerechtigkeiten benennt, darauf aber mit unrealistischen Forderungen reagiert, also zur Problemlösung wenig beizutragen hat. Inwieweit dies bewusst als Mangel an einer plausiblen Durchsetzungsstrategie für die eigenen Forderungen wahrgenommen wurde, bleibt offen.

Das Landesvater-Image des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck trug bis weit in die eigene Anhänger/-innenschaft der LINKEN hinein Früchte. Von den LINKEN-Anhänger/-innen vertraten 85% die Auffassung, er mache seine Arbeit gut – so viele wie bei keiner anderen Partei außer der SPD-Anhänger/-innenschaft. Dies machte es der LINKEN jedoch schwer, gegen den beliebten Beck und die auf Beck fokussierte und von ihm überstrahlte SPD Wahlkampf zu machen. Hinzu kam, dass einige Plakate der LINKEN (Bildung) kaum von denen von SPD und Grünen zu unterscheiden waren. Kurz: Warum DIE LINKE als linke Oppositionskraft unbedingt in den Landtag von Rheinland-Pfalz müsse, konnte sie selbst nicht hinreichend vermitteln. Stimmen die Umfragezahlen, so wollten die Rheinland-Pfälzer der SPD zwar einen Denkzettel verpassen, aber zugleich Kurt Beck in einer Koalition behalten. Gewollt war also ein kleiner Regierungswechsel unter fortbestehender Führung der SPD. Als Koalitionspartner sah sich DIE LINKE selbst nicht vor und wurde auch nicht als solche gesehen. So lief es erneut auch hier auf die Grünen zu. Diese profitierten wiederum von der Verbindung des Bundes-„Trends“ und landespolitischen Konstellationen. Anders als in Baden-Württemberg gründet sich die aktuelle landespolitische Stärke nicht auf einer gestandenen mehrjährigen landespolitischen Arbeit. In Rheinland-Pfalz wurden kaum durchschlagene landespolitische Gründe ins Spiel gebracht, warum DIE LINKE unbedingt im Landtag sein sollte.

Inwieweit die notorische Zerstrittenheit des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der LINKEN als ein Bestimmungsgrund der Wahlniederlage eine Rolle spielte, wird sich in der Außenwirkung kaum messen und ermessen lassen. Allenfalls der Unterschied in der Mobilisierung von Bundestagswähler/-innen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ließe sich als empirischer Hinweis anführen – er ist aber nicht so groß, dass er das Scheitern an der Sperrklausel erklären würde. Allerdings dürfte die Lage des Landesverbandes in der Binnenwir-

kung nicht wahlkampffördernd gewesen sein und hat vermutlich Multiplikator/-innen in Gewerkschaften und Verbänden auch nicht ermuntert, die Wahl der LINKEN zu empfehlen.

Alle Umfragen zeigen, dass der Einzug in den Landtag von Rheinland-Pfalz zu jeder Zeit eine fragliche Angelegenheit gewesen ist. In den letzten zwei Wochen vor der Wahl, als das Interesse an der Wahl nochmals deutlich anstieg, wurde DIE LINKE bei allen Instituten nur noch mit 4% gewichtet. Während bei anderen Wahlen der Anteil der „Kurzentschlos-senen“, die sich für DIE LINKE entschieden, oftmals überdurchschnittlich hoch war, waren es jetzt nur durchschnittliche 3%.

In Baden-Württemberg ist DIE LINKE an einem ausgeprägten politischen Wechselklima gescheitert. Sie hatte ihre Wähler/-innenschaft insbesondere in denjenigen sozialdemokratischen Milieus gefunden, die angesichts der Agenda 2010-Politik mit der SPD gebrochen hatten. Zwar gibt es kaum Anzeichen, dass nun in Größenordnungen eine Rückwanderung zur Landes-SPD stattgefunden hätte, wohl aber dafür, dass eine erhebliche Zahl zu den Grünen gewechselt ist. Vor allem gibt es aber Indizien dafür, dass Bundestagswähler/-innen der LINKEN nicht in ausreichendem Maße mobilisiert werden konnten, in dieser für die politischen Verhältnisse Baden-Württembergs nach 57 Jahren CDU-Dominanz für die LINKE zu stimmen. Ein Anteil von 55-60% der Bundestagswähler/-innen der LINKEN, wenn NRW als Maßstab gelten kann, hätten für einen sicheren Einzug in den Landtag in Stuttgart mobilisiert werden müssen. Allein ein Anteil von nur 35% konnte zum Urnengang für die LINKE im Land bewegt werden.

Die Frage ist also, warum bei einer deutlich höheren Wahlbeteiligung DIE LINKE eine unterdurchschnittliche Wählermobilisierung gelingt. Vordergründig können taktische Gründe angeführt werden: Um den Wechsel herbeizuführen, konnte man eine Mehrheit für Schwarz-Gelb verhindern, in dem man DIE LINKE in den Landtag wählte - oder man konnte eine neue Mehrheit wählen. Je näher der Wahltermin rückte, um so realistischer wurde diese Variante.

Für potentielle LINKE-Wähler/-innen, die mit ihrer Stimme Einfluss nehmen wollten, die also auf jeden Fall Schwarz-gelb verhindern wollten, erwies sich mehr und mehr die taktische Option, SPD oder Grüne zu wählen, als erfolgversprechend. Dass eher grün gewählt wurde, konnte ein Hinweis darauf sein, dass der Bruch mit der Sozialdemokratie tiefer ist, und bei der Dominanz von Themen der Umwelt-, Energie- (und Verkehrspolitik) eher der Weg zum grünen Original gegangen wird.

Je näher der Wahltag rückte, desto wahrscheinlicher wurde es, erstmals einen grünen Ministerpräsidenten zu wählen. Diese Entwicklung dürfte bei der vorhandenen Wechselstimmung eine nicht unbeträchtliche Sogwirkung entfaltet haben. Das gute Abschneiden der Grünen auch unter Arbeitslosen zeigt, dass der grüne Kandidat für Angehörige aller Schichten wählbar gewesen ist. Dahinter verbirgt sich mehr als Tagesaktualität. Die Grünen stehen in Baden-Württemberg, dem Land von Daimler, Bosch, der deutschen Maschinenbau-Exportindustrie für einen alternativen industriepolitischen Weg und punkten über die „Green New Deal“ auch bei Themen wie Wirtschaft und Arbeitsplätzen, Mittelständlern, Handwerkern, Arbeitslosen usw.

Während die Grünen in Baden-Württemberg von der Erosion der CDU profitieren und zugleich sozialdemokratische und linke Wähler/-innen für sich gewinnen konnten, ist der LINKEN der Zugang zu den katholisch-sozialen Arbeitnehmer-Schichten bisher nicht gelungen. Aus diesem Grunde verliert sie in einer zugespitzten Wechsel-Situation an wahltaktischem und konstellationstaktischem Gebrauchswert. Wolfang Kretschmann hat am Wahlabend geäußert, der grüne Wahlerfolg sei das Ergebnis von dreißigjährigem Bohren harter Bretter. Das ist sicherlich übertrieben, aber für die Periode ab 1992 nicht unzutreffend. Mit schnellen Erfolgen wird auch DIE LINKE nicht mehr rechnen können.

Horst Kahrs / Benjamin-Immanuel Hoff

Impressum

Und es wird in jener Zeit Gerüchte von Dingen geben, die vom rechten Weg abkommen, und es wird große Verwirrung herrschen, wo die Dinge wirklich liegen, und niemand wird wissen, wo jene kleinen Dinge mit dieser Art von Fuß aus Bast liegen, die einen Henkel haben, sie werden nicht da sein. Amen.
Langweiliger Prophet

Für den Inhalt dieser Ausgabe zeigen sich Sabine Berninger, Thomas Schneider, Annette Rudolph und Jochen Traut verantwortlich. Anschrift der Redaktion:
Wahlkreisbüro Sabine Berninger, Zimmerstraße 6, Tel.: 03628/660624 Fax: 03628/660671; e-mail: WKB-Berninger@t-online.de
Die nächste Ausgabe des „Linken Echos“ erscheint ca. am 07.05. 2011. Auch im Netz unter: **http://www.die-linke-ilmkreis.de**

Sofortinformation des Parteivorstandes nach den Wahlen am 27. März

Liebe Genossinnen und Genossen, die Beratung des Parteivorstandes der LINKEN am 28. März begann mit der Verständigung zu den Ergebnissen der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Zunächst bedankte sich der Parteivorstand bei den eigens angereisten Spitzenkandidatinnen und -kandidaten aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Marta Aparicio, Roland Hamm, Tanja Krauth und Robert Drumm, sowie bei den Vorsitzenden der beiden Landesverbände, Bernd Riexinger und Wolfgang Ferner, für ihren großen Einsatz im Wahlkampf. Gleichzeitig sprach der Parteivorstand auch allen Unterstützerinnen und Unterstützern in den Wahlkämpfen aus den Landesverbänden und der Bundesgeschäftsstelle seinen herzlichen Dank aus.

Entscheidend für das Wahlergebnis in beiden Bundesländern war, dass die Prominenz des Anti-AKW-Themas alle anderen Themen überlagert und auch die sozialen Fragen, die mit der LINKEN verbunden werden, deutlich in den Hintergrund treten lässt.

In Baden-Württemberg kam hinzu, dass sich wenige Tage vor der Wahl die Konstellationen veränderten. Die Argumentation, nur bei einem Einzug der LINKEN wäre der Regierungswechsel möglich, verlor angesichts der Verschiebungen von Umfragewerten an Überzeugungskraft. Viele Wählerinnen und Wähler, die Ministerpräsident Mappus nicht mehr in dieser Funktion sehen wollten, entschieden sich deshalb trotz politischer Nähe zu ihr nicht für DIE LINKE, sondern direkt für die Grünen oder die SPD. Verschärft wurde dies durch das spezifische Wahlrecht. In Rheinland-Pfalz standen unserem Einzug die anhaltende Verankerung der SPD im gewerkschaftspolitischen Milieu, die unzureichende landespolitische Kompetenz sowie organisatorische Schwächen im Landesverband im Wege.

Aber die Themen soziale Gerechtigkeit und Frieden sind nicht weg. Unsere Inhalte bleiben wichtig und richtig. Jetzt gilt es, weiter daran zu arbeiten und sie wieder in den Vordergrund zu bringen. Doch auch Umwelt- und Energiefragen werden in nächster Zeit Bedeutung behalten. Unser Ansatz ist, die Energie- und Umweltfrage mit der sozialen Frage zu verbinden und unsere Forderungen nach sozial-ökologischem Umbau mit konkreten Vorschlägen zu unterlegen.

Diesmal haben wir unser Ziel nicht erreicht. Tatsache bleibt jedoch, dass wir in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten sind und damit als noch sehr junge Partei erfolgreich sind. Der Parteivorstand tauschte sich auch zum Ergebnis der Kommunalwahl und der Volksabstimmung zur Schuldenbremse in Hessen aus. Dass sich 30 Prozent der hessischen Bürgerinnen und Bürger gegen die Schuldenbremse entschieden, ist ein großer Erfolg für DIE LINKE. Sie hat sich als einzige Partei klar gegen die Schuldenbremse ausgesprochen. DIE LINKE hat in einer Reihe von Städten Zuwächse, zum Beispiel in Offenbach und Wiesbaden.

Darüber hinaus behandelte der Parteivorstand folgende Vorlagen.

Der Parteivorstand beschloss eine Vorlage zur Nachwuchsförderung und bestätigte damit sein Ziel, im Rahmen einer systematischen und transparenten Personalentwicklung entsprechende Angebote aufzubauen oder weiterzuentwickeln. Damit sollen junge Menschen – besonderes Augenmerk liegt dabei auf Frauen – gezielt gefördert und für mögliche haupt- oder ehrenamtliche Funktionen qualifiziert werden. Dazu wird der Parteivorstand u.a. ein Mentoringprogramm für Frauen auflegen.

Mit seiner Zustimmung zur ergänzten Vorlage Arbeitnehmerfreizügigkeit – gleicher Lohne und gleiche Arbeitsbedingungen am gleichen Ort – Chancen für die deutsch-polnische und die deutschtschechische Grenzregion bekräftigte der Parteivorstand seine Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, so wie er in 20 der insgesamt 27 EU-Mitgliedstaaten bereits geltendes Recht ist.

Mit solidarischen Grüßen

Caren Lay und Werner Dreibus
Bundesgeschäftsführer

Büros im Ilmkreis:

Geschäftsstelle Die LINKE Arnstadt; Zimmerstraße 6; Tel./Fax: 03628/602795;
Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr; Montags 16 bis 18 Uhr

Geschäftsstelle Die LINKE Ilmenau; Topfmarkt 4; Tel./Fax: 03677/893015;
Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr

Wahlkreisbüro der MdL Sabine Berninger in Arnstadt ;
Zimmerstraße 6; Tel: 03628/660624 - Fax 03628/660771; E-Mail: WKB-Berninger@t-online.de; www.sabineberninger.de

Wahlkreisbüro der MdL Petra Enders in Ilmenau
Topfmarkt 4 Tel: 03677/209873 - Fax: 03677/461549; E-Mail: info@petraenders.de; www.petraenders.de

Fakten und Argumente: Auswirkungen des Hartz-IV-Beschlusses auf die Kommunen

Am 25. Februar 2011 hat eine Mehrheit von Bundestag und Bundesrat eine Neuregelung der Hartz-IV-Sätze beschlossen. Mehr als ein Jahr zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht deren Berechnungsgrundlage für grundgesetzwidrig erklärt. Im Ergebnis sollen die Regelsätze um insgesamt 8 Euro steigen. Bei der Gestaltung der Regelsätze wurden jedoch auch diesmal Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes ignoriert. Dabei ist es besonderes zynisch, das Kürzungen bei der Berechnung des Regelsatzes für Kinder mit dem Bildungspaket begründet werden. DIE LINKE hat die Hartz-IV-Neuregelung im Bundestag abgelehnt und wird alle rechtlichen Mittel und Wege nutzen, um das verfassungsmäßige Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum durchzusetzen. SPD und CDU stellen die Kommunen als die großen Gewinner des ihres Hartz-IV-Deals dar. Sie würden im Bereich der „Kosten der Unterkunft (KdU)“ für Hartz-IV-Beziehende und durch die schrittweise Übernahme der Ausgaben für die Grundsicherung finanziell „entlastet“ und erhielten eigene Gestaltungsmöglichkeiten beim Bildungspaket.
Dies ist ein geschöntes Bild. Die Fakten sehen anders aus.
Die Wohnkosten für die Hartz-IV-Beziehenden betrugen 2008 ca. 13,3 Mrd. €. Die Bundesbeteiligung steigt nun zwar auf bundesdurchschnittlich 36,4 %. Sie steigt aber nur deshalb, weil die Mittel für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in die KdU eingerechnet wurden. Die kommunalen Spitzenverbände halten nach wie vor allein für die Kosten der Unterkunft mehr als 35 % für notwendig. Darüber hinaus ist auch hier ein Kompromiss auf Kosten der sozial Schwachen gemacht worden. Künftig können die Kommunen ihre KdU pauschalieren und die Angemessenheit von Wohnraum/-kosten per Satzung bestimmen. Das bedeutet, dass die Leistungen für die Betroffenen nun durch niedrige Pauschalen gedrückt werden können.

Die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung betrugen 2008 ca. 3,7 Mrd. Euro, Tendenz steigend. Der Bund will sie nun bis 2014 komplett übernehmen. Hier findet zwar real eine Entlastung der Kommunen statt, doch der Bund übernimmt diese Ausgaben nicht wirklich selbst, sondern kürzt dafür seinen Zuschuss für die Bundesagentur für Arbeit. Es ist nicht auszuschließen, dass dadurch weniger Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung gestellt werden und die ArbeitnehmerInnen diese Kostenverschiebungen später mit steigenden Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung bezahlen müssen.

SPD und CDU verbreiten, dass das Bildungs- und Teilhabepaket auf 1,6 Mrd. € aufgestockt wurde. Davon kommen aber nur 600 Mio. € den Betroffenen zu Gute. Allein 160 Mio. € werden für zusätzliche Verwaltungsausgaben fällig, weil das Bildungspaket durch ein aufwändiges Verfahren umgesetzt werden soll. Und auch hier einigten sich die Hartz-IV-Parteien auf dem Rücken der Betroffenen:
Erkauft wurde das „Bildungs- und Teilhabepaket“ letztlich auch durch Kürzungen bei den Kinderregelsätzen, indem entsprechende Ausgaben in den Haushalten nicht mehr in die Berechnung der Regelsätze einflossen.

Die Finanznot der Kommunen, denen der Bund einerseits immer neue Aufgaben aufbürdet und andererseits, mit seiner Steuersenkungspolitik die Kassen leert, wird durch den Hartz-IV -Deal jedoch nicht beseitigt.
Eine positive Regelung soll nicht unerwähnt bleiben: Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Arbeit – wie beispielweise für die kommunalpolitischen MandatsträgerInnen - werden nicht mehr auf den Regelsatz angerechnet.

Berlin, 10.3.2011

Felicitas Weck, Marian Krüger

Sozial, mit aller Kraft. DIE LINKE.

Zensus 2011: Verstoß gegen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung

Im Mai 2011 findet nach fast 25 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland eine neue Volkszählung, der Zensus 2011, statt. Mit dem Zensus werden für fremde Zwecke und ohne Zustimmung der Befragten persönliche Daten bei den Meldebehörden und der Agentur für Arbeit zu einer riesigen Datei aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen zusammengefasst.

Im Rahmen der Vorbefragung für die in diesem Jahr stattfindende Volks- und Gebäudezählung haben bereits hunderttausende Haus- und WohnungseigentümerInnen einen Fragebogen vom Thüringer Landesamt für Statistik erhalten. Im Anschreiben wurde versichert, dass die erhobenen Daten ausschließlich für statistische Zwecke genutzt, geheim gehalten und zum frühest möglichen Zeitpunkt gelöscht würden.

Tatsächlich aber können die Daten bis zu vier Jahre nach Übermittlung der Erhebungsergebnisse an die Europäische Union gespeichert werden. Dies ist möglicherweise einer der gründe, warum (bundesweit) nur etwa 50% der befragten HauseigentümerInnen den Fragebogen ausgefüllt zurücksandten.

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wird mit dieser Datenerhebung ein weiteres Mal ausgehöhlt: der Zensus 2011 ist eine riesige Datenkrake, die persönliche Daten aus verschiedensten Verwaltungsbereichen ohne Zustimmung der Betroffenen zusammenfasst, eine Repersonalisierbarkeit erlaubt, Weiterverwendung der Daten nicht vollkommen ausschließt, in den privatesten Bereich hinein persönliche Einstellungen erforscht. Und deren Nutzen in keinerlei Verhältnis zu dem Grundrechtseingriff sowie den Kosten steht.

Auf Bundesebene sind die prognostizierten Kosten bereits auf über 750 Millionen Euro gestiegen.

10 Prozent der Bevölkerung sollen beim Zensus im Mai – zusätzlich zu den Haus- und Wohnungseigentümerinnen – befragt werden. Der öffentliche Protest gegen den Zensus 2011 hält sich leider momentan sehr in Grenzen, anders als noch in der BRD in den 80er Jahren.

Bei der Haushaltsbefragung werden von den Befragten die Offenlegung auch ihrer Religion und ihrer Weltanschauung verlangt.

Die Kritik der LINKEN: die Daten werden nicht ausreichend anonymisiert und sind den Befragten bis zu vier Jahre lang durch eine Ordnungsnummer zuzuordnen. Außerdem wecken Dateien dieses Ausmaßes Begehrlichkeiten, sie zukünftig auch für andere Zwecke zu „gebrauchen“. Der Zensus 2011 verstößt gegen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung!

DIE LINKE. ist mit ihrer Kritik nicht allein: bereits im Juli 2010 hatte der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (www.vorratsdatenspeicherung.de) mit einer von mehr als 13.000 Menschen unterstützten Verfassungsbeschwerde das Bundesverfassungsgericht angerufen (die wegen „nicht vorliegenden Annahmevoraussetzungen“ abgelehnt wurde, ohne dass die Kritikpunkte inhaltlich bewertet wurden).

„Bei den im Arbeitskreis Zensus zusammengeschlossenen Volkszählungskritikern wachsen die Bedenken an der vertrauenswürdigen Umsetzung der Volkszählung 2011. Im Rahmen der Aktion “Frag die Befrager!” haken Bürger seit einiger Zeit bei den für die Abwicklung der Volkszählung vor Ort zuständigen Erhebungsstellen nach, wie die Umsetzung der Vorgaben des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts praktisch sichergestellt werden soll. Die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse und Antworten zu den bis zu 38 Fragen liegen nun öffentlich vor und belegen eklatante Missstände in der Praxis der Behörden.

So wird deutlich, dass viele Erhebungsstellen die an sie gerichteten Fragen gar nicht beantworten können oder wollen: Anstelle ernsthaft auf die Fragen einzugehen wurden von den Landessstatistikämtern verfasste Musterantworten (besonders freche Beispiele: Landesstatistikämter Berlin-Brandenburg und Niedersachsen) versandt. In anderen Fällen wurden die Fragenden pauschal auf die amtlichen Informationsseiten des Statistischen Bundesamtes verwiesen, wo sich jedoch keine Antworten auf die Fragen finden lassen. Aus Jena wurde zurückgemeldet, dass man ‚aufgrund der Vielzahl der Fragen’ nicht antworten könne. Man solle aber ‚versichert sein, dass die Regeln des Zensusgesetzes eingehalten würden.’ Und schließlich haben zahlreiche andere Erhebungsstellen, wie z.B. in Hannover, auch nach zwei Monaten noch gar nicht geantwortet.“

(Quelle: http://zensus11.de/2011/04/zweifel-an-vertrauenswurdigkeit-der-volkszahlung/).

Menschen, die zur Datenabgabe aufgefordert werden, haben nur wenige Möglichkeiten, sich diesem zu entziehen. Aber ES GIBT Möglichkeiten, wie man reagieren kann, wenn die BefragerInnen plötzlich an der Wohnungstür klingeln. Über diese Möglichkeiten informiert die Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag mittels eines Flyers (http://www.die-linke-thl.de/politik/publikationen/) und in BürgerInnensprechstunden in den Wahlkreisbüros der Landtagsabgeordneten.

Eine der Möglichkeiten ist der vom AK Zensus des Arbeitskreises Vor-

ratsdatenspeicherung veröffentlichte „Zensus-Antwort-Aufsatz-Generator“: „Dieser vom Generator entworfene Aufsatztext enthält alle im Fragebogen verlangten Angaben. Allerdings in einer mehr oder weniger belletristischen Form, zum Teil verklausuliert und in einer völlig anderen Reihenfolge als im Fragebogen vorgegeben. Aber nochmals: Alle Auskünfte, die uns abverlangt werden, sind darin enthalten. Die Idee dieses Projekts, das freundlicherweise durch einen programmierenden Menschen aus den Reihen des Chaos Computer Clubs verwirklicht worden ist, stammt aus der Volkszählungs-Boykott-Bewegung der 80er Jahre. Damals waren die Volkszähler dann im Falle einer derartigen Beantwortung dazu gezwungen, den vollständigen Aufsatz aufmerksam durchzulesen und die von ihnen gewünschten Informationen herauszulesen und in ein maschinenlesbares Formular zu übertragen.“

(Quelle und weitere Informationen und rechtliche Hinweise: http://zensus11.de).

Nachruf:

Wir trauern um unseren langjährigen Genossen und Freund

Dr. Karl Schran

Er verunglückte auf der Heimfahrt von einer Vorstandssitzung des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland e.V. am 5. März 2011 tödlich.

Für uns alle ist es schrecklich und unfassbar, dass unser langjähriger Genosse und Freund gerade bei der Ausübung seiner wichtigen ehrenamtlichen Tätigkeit den Tod gefunden hat.

Er weilt nicht mehr unter uns, auch wenn wir dies noch nicht begreifen können. Karls Tod ist ein großer und schmerzlicher Verlust für seine Familienangehörigen, seine Freunde, viele seiner Fachkollegen und besonders auch für die Genossinnen und Genossen in unserer Partei.

Karl stand uns als streitbarer, stets kenntnisreicher und in seinen Urteilen fundierter Genosse und Freund in unserem schwierigen Kampf für soziale Gerechtigkeit und ein friedliches Miteinander der Menschen zur Seite. Sein hoher Sachverstand, sein Rat und sein Fleiß bei allen von ihm in Angriff genommenen Dingen werden uns für immer fehlen.
Seine Erfahrungen, seine Zuverlässigkeit und seinen tiefen Humanismus werden wir schmerzlich vermissen.

Mit Dr. Karl Schran betrauern wir einen Menschen, der sich mit seiner ganzen Kraft für die Interessen der sozial Schwachen, die Ideen des Friedens, besonders auch im Allgemeinen Behindertenverband Deutschland e.V. und im Landesverband Thüringen sowie über 20 Jahre als Vertrauensmann der Schwerbehinderten an der TU Ilmenau für die Belange behinderter Menschen eingesetzt hat.

Unser tiefempfundenes Beileid gilt seinen Familienangehörigen und Freunden.

Wir sind tieftraurig.

Dr. Kurt Blau
Sprecher der Basisgruppe „Ehrenberg“ *DIE LINKE.*

Der Kreisvorstand Ilmenau
Der Stadtvorstand Ilmenau

Ingeborg Giewald für starkes Engagement geehrt

Auf Vorschlag des Kommunalpolitischen Forums Thüringen e. V. wurde Ingeborg Giewald mit dem „Ehrenpreis“ der Thüringer Linken anlässlich der diesjährigen Frauentagsveranstaltung im Erfurter Haus „Dacheröden“ ausgezeichnet.

Die Laudatio zum Ehrenpreis wurde von Gabi Zimmer, Mitglied des Europäischen Parlaments, gehalten. Nach ihren Worten ist das Engagement für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in der Gesellschaft, besonders im Bereich der sozialen Arbeit, für Inge Giewald zum zweiten Vornamen geworden.

Für die Auszeichnung gibt es viele Gründe. Über mehrere Jahre hat Inge die Initiativen zur Bildung eines Kinder- und Jugendrates in Ilmenau unterstützt und andere Projekte vorangebracht. Sie ist eine begeisterte Kommunalpolitikerin, der es immer wieder gelingt, viele Frauen für die Lösung von Problemen zu begeistern. Sie ist als Stadträtin mit Herz und Verstand in Ilmenau bekannt und beliebt.

Inges Herz gilt den Migrantinnen. Ihnen ist sie besonders seit ihrer langjährigen Tätigkeit als ehrenamtliche Ausländerbeauftragte der Stadt Ilmenau verbunden.

Inge gehört zu den Parteimitgliedern, die weit über den Kreis- und Landesverband hinaus bekannt sind. Jeder kennt die Frau, die unermüdlich seit mehr als 15 Jahren „Cuba Si“ in Thüringen leitet und im Bund ihre Stimme hat. Unzählige Hilfsaktionen und Tausende von Spendenaktionen begleitete sie bisher und wird nicht müde, in den Kreisen immer wieder für die Arbeit von „Cuba Si“ zu werben und neue Mitstreiter zu suchen.

Immer wieder gelingt es ihr auch Frauen aus anderen Ländern nach Thüringen einzuladen und den Erfahrungsaustausch zwischen Frauen aus verschiedenen Ländern mit ihren ganz eigenen Sichten und Problemlagen zu fördern. Damit hat Inge einen besonderen internationalen Beitrag geleistet, um Kontakte zu Frauenbewegungen aufzubauen.

v.l. Gabi Zimmer, Inge Giewald, Ina Leukefeld, Knut Korschewsky

Persönliche Wünsche hat Inge Giewald meist hinten an gestellt. Sie hat sich in die Arbeit nicht nur mit persönlichem Engagement eingebracht, sondern auch viel Eigenes an jene weiter gegeben, die Hilfe und Unterstützung bedürfen. Dafür ist sie für Viele ein Vorbild.

Im Namen aller Anwesenden dankte Gabi Zimmer Ingeburg Giewald für ihr vielfältiges ehrenamtliches Engagement und überreichte ihr für ihr „Lebenswerk“ den Ehrenpreis des Thüringer Landesverbandes.

Wir schließen uns den zahlreichen GratulantInnen an und sagen:

Herzlichsten Glückwunsch!

Anke Hofmann

Wer die Arbeit von Cuba Si unterstützen möchte, kann dies auch in Form von Spenden tun. Für Überweisungen bitte folgendes Konto nutzen und als Verwendungszweck „Spende Cuba Si“ angeben. Bankverbindung:

DIE LINKE. Thüringen:

Konto: 130029424,

BLZ: 82051000

Montagsdemo lebt wieder auf

Sehr kurzfristig kam der Aufruf zur Mahnwache am 14. 3. am Apothekerbrunnen in Ilmenau und die Information der Mitglieder wurde nur möglich, weil es das Internet gibt. Umso schöner, dass wir noch einige Mitglieder erreichten und sich so fünfzig Bürger versammelten, für den Ausstieg aus der Atompolitik zu demonstrieren. Nach den einleitenden Worten von Madeleine Henfling, die im Namen der Bündnis-Grünen eingeladen hatte meldeten sich noch unser Genosse Bauerschmidt und Genossin Springer zu Wort. „Kann es denn wahr sein“, so fragte sie, „dass angesichts der Gefahr und des Leides der Menschen in der Berichterstattung der Medien die Auswirkung auf die Börsenkurse debattiert wird?“ Emotional auch die Rede von Helmut Krause, der um eine Schweigeminute bat.

Karl-Heinz Mitzschke

Mitgliedsbeitrag zur Europäischen Linkspartei

Mitglieder der Partei DIE LINKE sind gemäß unserer Parteisatzung gleichzeitig Mitglied der Partei der Europäischen Linken. Im Monat Mai kassieren wir - wie jedes Jahr - den Beitrag zur Europäischen Linkspartei (EL).
Laut Bundesfinanzordnung beträgt die Höhe dieses Beitrags für jedes Mitglied mindestens sechs Euro pro Jahr. Mitglieder mit einem monatlichen Nettoeinkommen bis zu 700 Euro sind von der Zahlung des EL-Beitrages befreit. Natürlich können sie trotzdem diesen Beitrag leisten, wenn sie es möchten. Auch Sympathisanten, die nicht Mitglieder der LINKEN sind, können EL-Beitrag zahlen.
Die eingezahlten EL-Beiträge werden dem Parteivorstand der Partei DIE LINKE zur Weiterleitung an die Europäische Linkspartei übergeben.
2010 haben wir als Kreisverband 1.218 Euro EL-Beiträge an die Europäische Linke übergeben. Damit hatten wir unser Planziel von 1.200 Euro erreicht; vor allem dadurch, dass etliche GenossInnen freiwillig zehn Euro, einige sogar deutlich mehr EL-Beitrag entrichteten. Andere zahlten freiwillig EL-Beitrag, obwohl sie über weniger als 700 Euro Monatsnetto verfügten. Herzlichen Dank dafür!
Dennoch kamen auch 2010 eine ganze Reihe unserer Mitglieder mit entsprechendem Mindesteinkommen ihrer Zahlungspflicht nicht nach. Die EL-Kassierung 2011 ist eine gute Gelegenheit, das Versäumte nachzuholen! Ich bitte alle Mitglieder des Kreisverbandes darum, ihre Basisvorsitzenden bzw. Kassierer bei der Kassierung der EL-Beitäge zu unterstützen!
Darüber hinaus sollte die EL-Beitragsentrichtung möglichst im Lastschrift-Einzugsverfahren erfolgen. Ich bitte alle Mitglieder unserer Partei mit entsprechendem Einkommen, die dem Kreisvorstand noch keine Einzugsermächtigung erteilt haben, dies noch nachzuholen. Entsprechende Formulare haben die Basisvorsitzenden oder können in unseren Geschäftsstellen angefordert werden.
Der Kreisvorstand appelliert an alle Mitglieder, auch mit ihrem finanziellen Beitrag, die Europäische Linkspartei weiter zu stärken.

Klaus Häßner
Schatzmeister

Zeugnisse des Kampfes für die Verteidigung der Demokratie vom März 1920

Zum alljährlichen Gedenken an die Opfer, die in den Kämpfen des Kapp-Putsches im März 1920 für den Erhalt der Demokratie ihr Leben gaben, sprach am 19. März am Ehrenmal auf dem Arnstädter Friedhof Jochen Traut. Er hatte in der Chronik der Stadt Arnstadt nachgelesen und auf der Seite 113 dazu die folgenden wenigen Zeilen gefunden:
„15. März. Generalstreik gegen die Militärdiktatur von Kapp und Lüttwitz.
22. März. Vollversammlung der Betriebsräte beschließt Abbruch des Generalstreiks
27.-29. März. Reichswehr in Arnstadt.“
Hier weitere Auszüge aus Jochen Trauts Rede: „Drei knappe Daten. Jedoch was steht hinter diesen Daten? Warum war Generalstreik? Warum wurde dieser bereits sieben Tage später abgebrochen? Warum war eine Woche später die Reichswehr in Arnstadt?
Darauf gibt es hinter diesen Daten keine weiteren Antworten, sicher kann dies auch nicht die Aufgabe einer Chronik sein. Aber wir sollten etwas genauer hinter diese Daten blicken.
Das kaiserliche Deutschland begann am 1. August 1918 den ersten Weltkrieg, der für dieses kaiserliche Deutschland am 9. November 1918 mit einer militärischen Niederlage endete. Der Kaiser ging, er flüchtete nach Holland, aber seine Generale blieben. Einer von ihnen, der kaiserliche Generalfeldmarschall von Hindenburg, konnte sogar am Ende der 1919 gegründeten Weimarer Republik, als deren Reichspräsident, am 30. Januar 1933 das Amt des deutschen Reichskanzlers an den Führer der deutschen Faschisten, Adolf Hitler, übergeben und damit das Ende des demokratischen Staates von Weimar besiegeln. Er hasste schon immer diese Weimarer Republik auch als dessen Reichspräsidenten. Soweit zu diesem Spruch. Der Kaiser ging und seine Generale blieben.
Doch zurück zum Jahr 1920. Mit der Novemberrevolution von 1918 hatten die Arbeiter, Soldaten und Matrosen nicht nur den Kaiser davon gejagt, sondern sich demokratische Rechte erstritten, wie eine Reichsverfassung, die Verfassung, die 1919 in Weimar beschlossen wurde und die aus dem Kaiserreich die Republik von Weimar entstehen ließ. Zu den erstrittenen demokratischen Rechten gehörten u.a. der gesetzliche Achtstundentag sowie das allgemeine und gleiche Wahlrecht.
Aber die reaktionären Kräfte, allen voran die aus dem kaiserlichen Heer entstandene

Reichswehr unter ihren alten Generalen und Offizieren, gaben sich nicht mit diesem verlorenen Krieg zufrieden.
Wie war das im März 1920. Laut dem Versailler Vertrag, der von den Siegermächten diktierte Friedensvertrag mit Deutschland, war u.a. die Armee bis zum 31. März 1920 auf eine Reichswehr in der Größenordnung auf 100.000 Mann zu reduzieren. Allerdings als eine Berufsarmee, aus deren Kern dann in Hitlerdeutschland die großdeutsche Wehrmacht in den dreißiger Jahren entstand.
Die Zeit mit Blick auf den 31. März 1920 drängte. Und nicht nur bei den Militärs.
In dieser Situation fanden sich der kaiserliche General von Lüttwitz und der Generallandwirtschaftsdirektor Kapp. Sie erklärten in einem Aufruf vom 13. März 1920 Folgendes:
„Die bisherige Regierung hat aufgehört zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist auf den Mitunterzeichneten Generallandwirtschaftsdirektor Kapp, Königsberg i. Pr., übergegangen. Zum militärischen Oberbefehlshaber und gleichzeitig als Reichswehrminister wird vom Reichskanzler der General der Infanterie Freiherr
von Lüttwitz berufen. Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet.“ Die Unterzeichneten sind die bereits genannten Kapp und von Lüttwitz. Es wird der Ausnahmezustand über das ganze Land verhängt. Die Antwort der Arbeiter: Generalstreik. Zwölf Millionen treten in den Generalstreik und ihre Antwort heißt:
„Wer die Demokratie mit der Waffe angreift, gegen den wird die Demokratie mit der Waffe verteidigt!“ Es geht um die Verteidigung der gerade hart erkämpften, aber immer noch zu geringen demokratischen Grundrechte.
Jedoch, nunmehr tritt die Reichswehr auf den Plan. Die Gothaer Einheiten der Reichswehr kämpfen gegen die auch militärisch ausgerüsteten Einheiten der Arbeiter. Dazu gehören auch Arnstädter Arbeiter. Mit dem vorzeitigen Abbruch des Generalstreiks durch Verrat ist der Ausgang dieser Kämpfe um die Verteidigung der Demokratie für die Arbeiter verloren. Die Reichswehr nimmt blutige Rache. So beherrscht sie auch das Leben in Arnstadt für wenige Tage.
In diesen militärischen Auseinandersetzungen zwischen Reichswehr und bewaffneten Arbeitern fielen in Gotha die Arnstädter Arbeiter: Balthasar Bieber, Otto Esche, Artur Münster und der Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Arnstadt und Vorsitzende des Exekutivausschusses gegen den Kapp-Putsch Hermann Kraußer, der später hier beigesetzt wurde.
Dies müsste in den Schulen den Kindern und Jugendlichen gelehrt werden, denn es ist ein Stück Geschichte auch hier aus Arnstadt. Soweit zu dem was hinter den wenigen Fakten in der Arnstädter Chronik zu diesen Ereignissen steht.“
Jochen Traut betonte, dass nicht nur in Arnstadt solche Denkmale stehen. „Wenn es um den Ilm-Kreis geht, so finden wir Gedenkstätten auf den Friedhöfen in Gräfenroda und Frankenhain. Wenn es um den Umfang dieser Kämpfe für die Verteidigung der Demokratie in Thüringen geht, so finden wir in 23 Thüringer Orten Zeugnisse dieses aktiven Kampfes für die Verteidigung der Demokratie vom März 1920. Die Geschichte dieser Kämpfe lehrt uns, einheitliches Handeln ist erforderlich. Kein vorzeitiges Abbrechen der Kämpfe, wenn es um demokratische Grundrechte geht.
Und was die Bundeswehr anbelangt, die bereits wieder rund um die Welt für die Sicherung deutscher Großmachtinteressen in militärischen Einsätzen ist, so gehört sie nicht nur reformiert, zum Umbau eine Berufsarmee, sie gehört einfach abgeschafft“, so die Forderung von Jochen Traut namens der LINKEN. „Weg mit der Rüstungsproduktion und dem Rüstungsexport. Schluss mit jeglichen Auslandseinsätzen der Bundeswehr, wo auch immer.“

„Kleiner Parteitag“ zur Programmdebatte in Thüringen

Am 29.März fand der so genannte „Kleine Parteitag“ des Landesverbandes DIE LINKE.Thüringen statt. Teilnehmer an dieser Beratung waren die Mitglieder des Landesvorstandes, die Mitglieder des Landesausschusses, die Thüringer Delegierten des Bundesparteitages.
Im Mittelpunkt der Tagung in der Erfurter Eugen-Richter-Straße stand die Bilanz der bisherigen Aktivitäten des Landesverbandes Thüringen in der Programmdebatte. Den Teilnehmern lagen dazu ein Material über die Eisenacher „Regional-konferenz der Landesverbände Thüringen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland zur Programmdebatte“ vom 12. Februar vor. Eine gute Zusammenfassung dieser doch inhaltlich gelungenen Konferenz. Die Arbeitsgruppe Programm des Landesvorstandes legte ein Papier mit 28 Änderungsvorschlägen an die Redaktionsgruppe des Parteivorstandes zur Diskussion vor.
In einem Einleitungsbeitrag sprach der Landesvorsitzende Knut Korschewsky über das Ziel dieses „Kleinen Parteitages“ als eine Methode in einem größerem Kreis von GenossInnen über grundsätzliche Probleme im Landesverband ins Gespräch zu kommen und diese zu diskutieren – sprich weitere Entwicklung der innerparteilichen Demokratie im Landesverband. Anschließend erläuterte Dieter Hausold die 28 vorliegenden Änderungsanträge. Diese sind das Ergebnis der im Landesverband durchgeführten Regionalkonferenzen zur Programmdebatte, einschl. des bereits Genannten in Eisenach sowie der Programmdiskussionen in den Kreis- und Stadtverbänden und Basisgruppen.
Nach der Debatte dieser 28 Anträge wurden diese mit Beschluss der Teilnehmer bei einer Gegenstimme angenommen und somit noch vor Antragsschluss (31.März 2011) der Redaktionsgruppe des Parteivorstandes als ein Thüringer Beitrag übermittelt. Den Teilnehmern lagen noch weitere Anträge vor. So vom Stadtvorstand Arnstadt, von Gabi Ohler für die AG Senioren Thüringen, vom Kreisverband Saale-Orla-Kreis, vom Kreisverband Meiningen-Schmalkalden, vom Stadtvorstand Suhl, von GenossInnen des Stadtverbandes Erfurt sowie von den Kreisverbänden Eisenach und Gotha. Die AG „Agrarpolitik und ländlicher Raum“ des Landesvorstandes sowie die GenossInnen Tilo Kummer und Katja Wolf reichten weitere umfangreiche Anträge ein. Diese konnten jedoch nicht weiter diskutiert und verabschiedet werden. Aber sie lagen schriftlich vor.
In der Diskussion gab es den Hinweis, in der Weiterführung der Programmdebatte sich am konkreten Text mit den Kapiteln I, VI und VII der UN-Charta zu beschäftigen, ebenso das Programm des Erfurter Parteitages der SPD von 1891 unter dem Blickwinkel des in Erfurt 2011 zu beschließenden Programms der Partei DIE LINKE in die weitere Debatte mit einzubeziehen.
Die Programmdebatte ist damit nicht zu Ende. Sie wird weitergeführt am Entwurf des Leitantrages an den Bundesparteitag, den der Parteivorstand in seiner Zusammenkunft Anfang Juli beraten, verabschieden und zur Diskussion stellen wird. Hieraus können dann weitere Anträge an den Parteitag eingereicht werden. Auch hier sind nochmals alle Genossinnen und Genossen gefordert sich an dieser Schlussrunde der Programmdebatte zu beteiligen.
Dieser „Kleine Parteitag“ war somit eine Thüringer Zwischenbilanz in der Programmdebatte mit einer guten Bilanz, jedoch auch eine gute Methode, die innerparteiliche Demokratie weiter zu entwickeln.

Jochen Traut
Teilnehmer als Mitglied im Landesausschuss für den Ilm-Kreis

Viele neue Ideen werden das Parteileben bereichern

Der Stadtvorstand lud am 3.3. alle Mitglieder der Ilmenauer Basisorganisationen und der umliegenden Ortschaften zur Gesamtmitgliederversammlung ein. Heftige Gefühle standen im Raum, als gleich zu Beginn über den feigen Anschlag auf das Büro der Abgeordneten Petra Enders und des KOPOFOR am Topfmarkt und über den Angriff auf unseren Genossen Alexander Thron informiert wurde. Genosse Bauerschmidt forderte energisch alles zu tun, diese Vorfälle aufzuklären, erregt und unter Beifall wurde dem beigestimmt.

Genosse Mitzschke, der die Versammlung leitete, informierte anhand von Redenmitschnitten und einem Vortrag über die Regionalkonferenz in Eisenach. Grund für einige Genossen, Gedanken aus der Programmdiskussion aufzugreifen. Mit Applaus und deutlicher Beipflichtung äußerten die Genossinnen und Genossen ihr Einverständnis zu den vorgetragenen Positionen der Genossen Hausold, Korschewsky und Ramelow.

Ganz im Sinne der Programmdiskussion, die zu einem breiten gesellschaftlichen Bündnis aufruft, hatte es sich die Versammlung zum Ziel gestellt, die Aktivitäten ihrer Mitglieder in Vereinen und Verbänden zu würdigen und Einzelne darüber berichten zu lassen. Verschiedene Genossen traten auf und berichteten über ihr Wirken in Vereinen. Es war schon erstaunlich, in welcher vielfältigen Art und Weise unsere Mitglieder Verantwortung tragen. Auch wenn nicht immer eine Möglichkeit direkter politischer Einflussnahme besteht, so erhöht es doch das Ansehen der Mitglieder unserer Partei. Da besonders viele Genossinnen und Genossen im RHB organisiert sind, wurde festgelegt, hier die Zusammenarbeit zu verstärken. Besondere Achtung, so wurde angemahnt, sollte aber auch den Gewerkschaften geschenkt werden. Gerade die gemeinsamen Aktionen gegen Sozialabbau sowie die Vorbereitung der Maifeier sind geeignet, Vertrauen aufzubauen. Dieser Schwerpunkt wird in einer der nächsten Vorstandssitzungen aufgegriffen.

Genossin Cordula Giewald entwickelte im Anschluss an diese Diskussion Gedanken zur Jugendarbeit. Es ging dabei sowohl um Möglichkeiten, jüngeren Schulkindern Erlebnisse zu bieten, als auch sie an linkes Gedankengut heran zu führen. Anhand einer Fülle von Beispielen illustrierte sie das Projekt. Erste Festlegungen, die Thesen mit Leben zu erfüllen, folgten, so werden zum 1. Mai kindgerechte Spielmöglichkeiten angeboten und im Sommer ein Kinderfest organisiert. Abschließend wurde in der Versammlung auf künftige Veranstaltungen hingewiesen. So der von Genossen Leuner organisierte Vortrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung und das Sommerfest des Stadtverbandes. Dank sei allen Genossen gesagt, die sich an der Versammlung beteiligten und sie vorbereiten halfen.

Ein Wort zum Kommunismus - politischer Stammtisch der Linken des Ilmenauer Stadtverbandes

Das aktuelle Thema führte fünfzehn Interessierte am 23. 2. in die Altmarktschenke von Ilmenau. Für einen politischen Stammtisch schon eine beachtliche Zahl. Ging es doch dabei nicht um die Klärung grundlegender Fragen, sondern vielmehr um die Lust am Disput, die Möglichkeit die Meinung zu artikulieren, mit Gleichgesinnten oder Andersdenkenden ins Gespräch zu kommen. Dies gelang allen Anwesenden gut. Es entwickelte sich eine lebhafte Diskussion um den Begriff Kommunismus, dem vielfach missbrauchten, aber noch nicht verwirklichten. Dies einte alle Anwesenden zuerst, keines der bestehenden realsozialistischen Systeme war auch nur den Wesen nach kommunistisch. Mit starker emotionaler Beteiligung wurden die Verbrechen verantwortungsloser Politiker, die im Namen des Kommunismus begangen wurden, benannt, aber auch ebenso die Gebrechen und Verbrechen des „zähen, alten Hundes“ Kapitalismus, so Genosse Wagner, aufgelistet. Ein doppeltes „Ja“ stand im Raum: Ja, der Begriff Kommunismus wurde missbraucht, und ja wir brauchen ihn trotzdem, als Vision einer gerechten Gesellschaft, als Gegenentwurf zur derzeit Herrschenden. Weit spannte sich der Bogen, manchmal auch über das Thema hinaus, wenn das Für und Wider einer bedingungslosen Grundabsicherung, abgewogen wurde. Endgültige Antworten fanden wir nicht, das war aber auch nicht beabsichtigt, im Gegenteil, je mehr Fragen im Raum blieben, umso mehr Möglichkeiten wird es geben, weitere anregende Stammtischveranstaltungen zu organisieren.

Warum und Wie kam es zu den Entscheidungen des 13. August 1961?

Fortsetzung der Artikelserie – „Historische Ereignisse“, Teil 5

Wir hatten im Teil 3 dieser Artikelserie bereits festgestellt: „Die Wiener Verhandlungen zwischen Kennedy und Chruschtschow sind gescheitert“.

Das Wiener Treffen hat gezeigt, dass eine Vereinbarung zur Lösung der Berlinfrage sowie zur völkerrechtlichen Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten nicht in Sicht war. In diesem Sinne unterrichtete Chruschtschow Walter Ulbricht über die Ergebnisse seiner Verhandlungen mit Kennedy.

Betrachten wir die innere Lage der DDR, Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre. Die Reparationslasten Ostdeutschlands betrugen etwa 4,3 Milliarden Dollar, während die Westdeutschlands lediglich auf eine halbe Milliarde Dollar kamen. Je besser es auf dieser Basis den Menschen in Westdeutschland ging, umso verlockender erschien den Menschen Ostdeutschlands/DDR ihre persönliche Perspektive in Westdeutschland zu sehen. Das Ergebnis: Allein 1960 verließen 200.000 DDR-Bürger das Land in Richtung Westen. Davon allein drei Viertel über Westberlin. Es war nicht in erster Linie ein politisches Votum, sondern es ging um ein besseres Leben.

Diese Situation verstärkte sich auch in den Monaten Januar bis August des Jahres 1961. Hinzu kam die Tatsache, dass die BRD zum 1. Januar 1961 einseitig und kurzfristig das Handelsabkommen mit der DDR aufgekündigt hatte. Alle Lieferungen an wichtigen Rohstoffen und Halbfabrikaten aus der BRD sollten eingestellt werden. Der Sieg in diesem Gefecht des Kalten Krieges ging eindeutig an den Westen. Somit steht fest, dass die Entwicklung in Westdeutschland, die für jeden Einwohner der DDR sichtbar war, den Hauptgrund bildete, dass im Verlaufe von zehn Jahren rund zwei Millionen Menschen den Osten Deutschlands verlassen haben. (Bis 2010 sind aus dem gleichen Grund drei Millionen Ostdeutsche weggegangen. Frage: lag das auch am System?)

Zurück zum Sommer 1961. Wir stellten bereits fest, dass der Schlüsselpunkt die Lösung der offenen Grenze zu Westberlin war. Das aber hätte im Ergebnis der Verhandlungen zwischen Chruschtschow und Kennedy in Wien Krieg bedeutet, den keiner der beiden Seiten wegen Westberlin wollte.

Der führende sowjetische Militär Anatoli Gribkow schreibt in seinem Buch „Der Warschauer Pakt“ bezüglich Berlin. „Bereits in den ersten Jahren des Kalten Krieges war es um die von vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges regierte Stadt Berlin zu zwei ernsten Krisen gekommen. 1948/49 im Zusammenhang mit der sowjetischen Blockade Westberlins und 1953 im Zusammenhang mit den Ereignissen in Ostberlin und der DDR. Auch die dritte Berlinkrise im Jahre 1961 war eine Folge des Kalten Krieges.“

Den zeitlichen Ablauf der Ereignisse, die zum 13. August 1961 führten, legte Prof. Dr. Siegfried Prokop in einem Vortrag am 30. September 2010 dar.

Am 27. November 1958 richtete die UdSSR eine Note an Frankreich, Großbritannien und die USA, in der sie vorschlug, alle Besatzungstruppen aus Berlin abzuziehen, eventuell unter Aufsicht der Vereinten Nationen, und den französischen, den britischen und den amerikanischen Sektor Berlins einstweilen zu einer „entmilitarisierten freien Stadt“ zu machen. Die UdSSR räumte für die Lösung der Berlin-Frage eine Zeit von sechs Monaten ein, weshalb die Note im Westen als Ultimatum aufgefasst wurde.

Gleichzeitig richtete die UdSSR Noten an die Regierungen der BRD und der DDR, in denen sie ihre Vorstellungen für die Lösung der Berlin-Frage darlegte: - freie Stadt Westberlin, - unabhängige Stadtregierung, - keine Eingliederung in die DDR, - Garantie der Unabhängigkeit durch die UNO und die vier Mächte, - ungehinderte Kontakte Westberlins mit der Außenwelt.

Im gleichen Zeitraum spitzte sich die wirtschaftliche Lage in der DDR, wie bereits dargelegt, weiter zu.

Am 8. November 1960 unterwarf die DDR die Einreise von Bürgern der BRD nach Ostberlin generell einer Genehmigungspflicht. Die NATO-Ratstagung vom 8. – 10. Mai 1961 in Oslo wies im Kommunique die Androhung eines separaten Friedensvertrages zurück und bekräftigte die Entschlossenheit, „die Freiheit Westberlins und seiner Bevölkerung zu wahren“.

Das Treffen Kennedy und Chruschtschow am 3. und 4. Juli 1961 in Wien führte zu keiner Entspannung der Lage um Westberlin. Es war keine „Weichenstellung“ zum Mauerbau. Dies würde den Blick für die eigentliche Dramatik des Geschehens im „heißen Sommer“ 1961 verstellen.

Chruschtschow hatte am 4. Juni in Wien mit der Note überrascht, gegebenenfalls mit der DDR einen separaten Friedensvertrag abzuschließen, einschl. der Übergabe aller Verbindungswege von und nach Westberlin, einschl. der Luftwege an die DDR zu übergeben. Das heizte die ohnehin gespannte Lage weiter an.

Auf einer internationalen Pressekonferenz am 15. Juni 1961 hatte Walter Ulbricht auf eine Anfrage von Annemarie Dobert von der „Frankfurter Rundschau“ zutreffend erklärt, dass er nicht die Absicht habe, eine Mauer zu errichten. Es ging im Juni 1961 nicht um eine Mauer. Luftkontrolle durch die Organe der DDR war angesagt. Dazu veröffentlichte das Post- und Verkehrsministerium der DDR eine Anordnung mit dem Datum vom 15. Juni 1961, dass die Behörden der DDR die eigenständige Verantwortung somit die Kontrolle über den Luftraum der DDR übernehmen, auch von und nach Westberlin.

In die Zeit der Ausformung dieses riskanten Konzepts fielen Gespräche über einen Kompromiss zwischen dem amerikanischen Präsidentenberater Arthur Schlesinger und dem sowjetischen Botschaftsrat Georgij Kornijenko am 5. Juli 1961 in Washington. Der Gedankenaustausch endete mit einem sowjetischen Appell, die USA möchten doch ihre eigenen Garantien für Westberlin formulieren. Die geschah in Erklärungen der USA vom 19. und 25. Juli 1961.

Kennedys Härte und die zugleich bekundete Kompromissbereitschaft brachten Ende Juli 1961 die scheinbar versteinerten Politikkonzepte Moskaus in Bewegung.

Der Weg zum „Mauerbau“ war freigelegt. Ohne Krieg.

Jochen Traut

Literaturhinweise:

Manuskript zum Buch „Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben“

Gribkow, Anatoli „Der Warschauer Pakt“

Prokop, Siegfried, „Geschichte der Berliner Mauer“ In: GRH, Sonderdruck der Arbeitsgruppe Grenze > Herbsttreffen 2010 < Seiten 6 - 18

„Kommunismus ist kein bibelfernes Wort“

Alle aber, die gläubig waren geworden, waren beieinander und hielten alle Dinge communis (dt. gemeinschaftlich) Apostelgeschichte 4.32-35
Dies war die erste Überraschung eines interessanten Gesprächsabends der Rosa-Luxemburgstiftung in Ilmenau zum christlich-marxistischen Dialog mit Ilsegret Fink, organisiert von Genossen Leuner, Stadtverband der Linken, dass eine neunundsiebzigjährige Pastorin sich nicht scheute, das Wort Kommunismus in den Mund zu nehmen, ja zu postulieren, „Kommunismus ist kein bibelfernes Wort“. Vor etwa fünfzig interessierten Zuhörern führte sie einen christlich-marxistischen Dialog, der es in sich hatte.
Die Schuld, dass Marxismus und Christentum sich in der DDR mitunter so weit von einander entfernten, suchte sie nicht nur in der von stalinistischen Anschauungen geprägter Politik, welche die russische orthodoxe Kirche zur Richtschnur der Beurteilung machte. Auch die Kirche, die sich immer als West(deutsche) Kirche verstand und ihre Strukturen in der BRD verankerte, erschwerte den Annäherungsprozess. Marx, so die linke Christin, hat niemals gegen die Religion Stellung genommen, aber selbst die berühmte Stelle aus den Feuerbachthesen, oftmals falsch zitiert, von der Religion als Opium des Volkes, als Seufzer der bedrängten Kreatur, leitet sich aus einer falschen Sicht auf den christlichen Glauben ab. Durch Eliten verbreitet, die nur so ihre Macht halten konnten, indem sie die Massen in Unwissenheit beließen. Deshalb verschwiegen Staatskirchen Bibeltexte und Glaubensbekenntnisse der Urchristen, oder verfälschten sie gar. Nur so konnte das Zölibat und die Diskriminierung der Frau gerechtfertigt werden.
Begonnen hatte dieser Prozess sehr früh, verfestigt durch Kaiser Konstantin und das Papsttum, manifestierte er sich in den vielen Bildern, die im Auftrag der Kirche gemalt wurden, und diente einzig dem Zweck der Verdummung der Christenheit zwecks Machterhalt. So rechtfertigten sich auch Unterdrückungsstrukturen als gottgegeben. Ein Punkt, das verdeutlichte eine Frage aus der Runde, der in der Glaubenskritik der DDR immer wieder eine wichtige Rolle spielte. Die Befreiungstheologie, entgegnete Frau Fink, sowie ein altes Marienlied, in dem gesungen werde: Er stößt die Mächtigen vom Thron..., zeichnen ein anders Bild des Christentums als herkömmlich verstanden.
Der eigentliche Sündenfall, führte die Rednerin aus, sei nicht das Pflücken des Apfels, Sünde sei der Krieg, die Ausbeutung des Menschen, seine Versklavung. Ziele, für die doch Linke und Christen gemeinsam streiten können. Dass dies Rosa Luxemburg genauso sah, belegte die streitbare Pastorin mit Zitaten aus deren Schrift-Kirche und Sozialismus.
„Die Sozialdemokraten streben danach, die Herrschaft der reichen Schinder und Ausbeuter über das arme arbeitende Volk abzuschaffen. Aber dabei, so sollte man meinen, müssten die Diener der christlichen Kirche als erste die Sozialdemokraten unterstützen und ihnen die Hand reichen, denn die Lehre Christi, deren Diener die Priester sind, sagt doch, dass eher ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, als dass ein Reicher in den Himmel kommt!“
„Einer der schwersten Vorwürfe, den die Geistlichkeit den Sozialdemokraten macht, ist der, dass sie den ‚Kommunismus’ einführen wollen, das heißt gemeinsames Eigentum aller irdischen Güter. Es wird hier vor allem interessant sein festzustellen, dass die heutigen Priester, wenn sie gegen den ‚Kommunismus’ wettern, eigentlich gegen die ersten Apostel der Christenheit wettern. Denn gerade sie waren die leidenschaftlichsten Kommunisten.“
Ihren anregenden Vortrag endete die linke Christin mit der Feststellung, es ist nicht wichtig ob Gott da ist oder nicht, alle müssen Brot haben, das ist von Bedeutung!
Eine Erkenntnis nahm ich für mich allein heim: nicht nur die Kircheneliten hielten ihre Anhänger in Unwissenheit.

Karl-Heinz Mitzschke

Flugverbotszone bedeutet Krieg – Für ein sofortiges Ende der NATO-Bombardierung und jeglicher militärischer Handlungen in Libyen!

Die UN-Resolution 1973 (11) vom 17. März zur Einrichtung einer „Flugverbotszone“ über Libyen beruft sich auf Kapitel VII der UN-Charta. In ihr heißt es unter anderem:

Der Sicherheitsrat
- autorisiert die Mitgliedsstaaten, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Zivilisten und von Zivilisten bewohnte Gebiete in Libyen zu schützen, denen ein Angriff droht – inklusive Bengasi. Eine ausländische Besatzungsmacht auf libyschem Territorium wird in jeglicher Form ausgeschlossen;
- beschließt ein Verbot aller Flüge im Luftraum Libyens zu verhängen, um zum Schutz von Zivilisten beizutragen;
- ruft alle Mitgliedsstaaten auf, Hilfe zur Umsetzung des Flugverbots zu leisten, einschließlich der Erteilung von Überflugsrechten;
- verlangt einen sofortigen Waffenstillstand, ein vollständiges Ende der Gewalt und aller Angriffe auf Zivilisten;
- appelliert an alle Mitgliedsstaaten, besonders jene in der Region, auf ihrem Territorium und in ihren Gewässern Flugzeuge und Schiffe aus Libyen oder mit Ziel Libyen zu inspizieren;
- verlangt von den libyschen Behörden, dass sie den Verpflichtungen unter dem Völkerrecht (…) nachkommen und alle Maßnahmen ergreifen, um Zivilisten zu schützen und deren Grundbedürfnisse zu befriedigen.

Die Resolution des Sicherheitsrates gibt als Begründung den Schutz von Zivilisten an. Sie fordert von den libyschen Behörden, die Sicherheit ihrer Bürger zu schützen und die Grundbedingungen für ein menschliches Leben zu gewährleisten.
Jetzt ist es jedoch eingetreten, was vorauszusehen war: Auf aggressives Drängen Frankreichs und Großbritanniens und unter Beteiligung der USA und weiterer „Freiwilligen“ – mittlerweile unter dem Kommando der NATO – wird ein Angriffskrieg geführt gegen einen, gemäß der dem Völkerrecht zu Grunde liegenden Definition, souveränen Staat und seine aus Sicht des Völkerrechtes als legitim anzuerkennende Regierung. Die Bombardements aus der Luft beginnen, die Infrastruktur des Landes zu zerstören und fordern bereits jetzt Opfer unter der Zivilbevölkerung. Mit Blick auf die Kriegshandlungen in Jugoslawien, in Afghanistan und im Irak ist zu befürchten, dass es nicht bei Luftangriffen bleiben wird. Die Resolution des Sicherheitsrates legt jedoch eindeutig fest: „Eine ausländische Besatzungsmacht auf libyschem Territorium wird in jeglicher Form ausgeschlossen.“

Die Resolution war im Sicherheitsrat gerade beschlossen, da begannen zuerst die Flugzeuge Frankreichs, denen später die weiterer Staaten folgten, mit Luftangriffen auf libysches Gebiet, und nicht, wie es in der Resolution des Sicherheitsrates heißt, „um Zivilisten und von Zivilisten bewohnte Gebiete zu schützen.“ Die Bilder von diesem Kriegsschauplatz zeigen etwas anderes. Der UNO-Beschluss über eine Flugverbotszone wird zur Legitimation eines Zerstörungskrieges mit dem Ziel, Ghaddafi zu stürzen, herangezogen. Krieg darf nie als „humanitäre Intervention“ verharmlost und umgedeutet werden, dieser Begriff dient erfahrungsgemäß als Tarnung für Krieg um Ressourcen und als Fortsetzung der kolonialen Machtstrukturen.

Die Resolution des Sicherheitsrates wurde so vage und schwammig gefasst, um die globalen geostrategischen Interessen einiger imperialistischer Großmächte zu sichern. Die Ausschaltung der libyschen Luftwaffe ist offiziell bereits längst erreicht, es geht jetzt um ein „regime-change“ (was allerdings unter den NATO-Staaten umstritten ist). Ein militärisches Eingreifen auf das Territorium souveräner Staaten verstößt jedoch gegen das Völkerrecht und seinen Kern, das Gewaltverbot. Es geht hier weder um Völkermord, noch um eine Bedrohung für den Weltfrieden, sondern um schnöde ökonomische Interessen (immerhin liefert Libyen durch Erdöl 70 % des Energiebedarfs Europas).
Während der Westen angesichts unbewaffneter Demonstranten in Tunesien und Ägypten beide Seiten zum Gewaltverzicht aufrief, wird dies angesichts schwer bewaffneter Rebellen in Libyen nur von der Regierung verlangt und die Rebellen werden gleichzeitig militärisch unterstützt. Gegen die saudische Militärintervention gegen die gewaltfreien Demonstranten in Bahrain gibt es bestenfalls laue Ermahnungen.

Ob die Regierung Ghaddafis noch zum Wohl des libyschen Volkes handelt, daran gibt es begründeten Zweifel. So wird in Libyen seit längerem eine Privatisierung öffentlichen Eigentums zugunsten von Gefolgsleuten der Regierung betrieben. Ob dies oder anderes die Absetzung der gegenwärtigen libyschen Regierung begründet, ist allein Entscheidung der libyschen Bevölkerung – hierüber darf auf jeden Fall nicht in den USA, Großbritannien und Frankreich durch militärische Interventionen entschieden werden. Diese kapitalistischen Staaten interessiert das libysche Öl, aber nicht die libysche Bevölkerung! Unsere Solidarität gilt denjenigen in Libyen und den anderen nord-afrikanischen Ländern, die für Frieden, tatsächliche Demokratie und sozialen Fortschritt für alle kämpfen.

Was die Bundesrepublik Deutschland anbelangt, so konnte sie sich nicht im Alleingang der Stimme enthalten. Geht es doch auch hier um globale Interessen und nicht, wie vielfach behauptet, um einen Alleingang – oder einen Sonderweg –
des wieder erstandenen Großmachtstrebens des deutschen Imperialismus.
Auch wenn die Bundesrepublik Deutschland sich nicht unmittelbar an den kriegerischen Handlungen gegen Libyen beteiligt (was nicht unwesentlich mit dem Engagement der Friedensbewegung zusammenhängt), so stellt sie doch wie beim Überfall auf

den Irak die Infrastruktur für die Aggression zur Verfügung, die vom Afrika-Kommando der US-Streitkräfte „AFRICOM“ bei Stuttgart koordiniert wird. Und die Bundesrepublik Deutschland verstärkt als „Hilfeleistung“ gegenüber den USA per Beschluss des Bundestages ihre militärische Präsenz in Afghanistan. Einerseits Stimmenthaltung im Sicherheitsrat, andererseits Verstärkung des Kriegseinsatzes in Afghanistan. Wie heißt es in einem alten Sprichwort: Eine Hand wäscht die andere.

Dagegen lauten unsere Forderungen:

- alle Angriffe westlicher Staaten auf Libyen sind sofort einzustellen,
- es müssen neutrale internationale Vermittler bestellt werden, am ehesten von der Afrikanischen Union, um die Konfliktparteien in Libyen zu einer unverzüglichen Waffenruhe zu bewegen,
- die Bundesregierung muss sich weiterhin und generell von diesem Krieg distanzieren, wie es die Arabische Liga, Russland und China bisher getan haben, und die Nutzung der Militärbasen in Deutschland für diesen Krieg verweigern,
- alle Flüchtlinge aus dieser Region müssen in den europäischen Ländern aufgenommen werden
- und alle Waffenexporte sind ab sofort und für immer zu beenden.

Jochen Traut

Zum NATO-Angriff auf Libyen

„A big stick is all they need.“ - „Ein großer Knüppel ist alles, was die brauchen.“ - dieser unheilvolle Grundsatz bestimmt die US-amerikanische Außenpolitik seit Präsident Theodore „Teddy“ Roosevelt (1858 – 1919). Wie die jetzigen Luftangriffe auf Libyen zeigen, sind die USA auch weiterhin nicht bereit, von solcher äußerst gefährlichen aggressiven Politik abzugehen. Friedliche Lösungen sind ihre Sache nicht, womit wieder einmal dem schlechten Ruf, als Weltgendarm aufzutreten, vollauf Genüge getan wird. Die Geschichte kennt viele blutige Putsche und grausame Bürgerkriege, bei denen die USA nicht eingegriffen oder die sie selbst angezettelt haben, und sie kennt furchtbare Kriege, die von ihnen selbst geführt wurden – 1973 wurde in Chile Pinochet mit CIA-Hilfe an die Macht geputscht, von 1950 bis 1953 mit Napalm und anderen geächteten Mitteln Krieg auf der koreanischen Halbinsel und von 1965 bis 1975 mit Napalm, Streubomben und Entlaubungsgiften in Vietnam geführt. Immer ging es um die Interessen des eigenen Großkapitals und um diese geht es auch jetzt, nicht um das libysche Volk, nicht um Menschenrechte, sondern um Öl und Gas und gegen einen Machthaber, der diesen Interessen schlichtweg im Wege ist. Die NATO erweist sich wieder einmal als williger Vollstrecker dieser Aggressionspolitik, Großbritannien und Frankreich sind bereits eifrig mit dabei, die BRD zögert noch, aber nur beim Bombenwerfen. Sollte das Scheitern Rommels doch wenigstens zu etwas Nachdenken Anlass gegeben haben? Erinnert sich Frau Merkel daran, wie eben diese NATO-Staaten, allen voran USA und BRD, 1968 beim Einmarsch von Staaten des Warschauer Vertrages in die ČSSR und 1979 beim sowjetischen Einmarsch in Afghanistan getobt haben? Dabei muss man die Maßstäbe, mit denen man andere misst, auch bei sich selbst anlegen. Für Libyen wie auch für viele andere Konfliktgebiete sind friedliche Lösungen notwendig. Die aber sind nur auf dem Verhandlungsweg zu erreichen, nicht mit einem völkerrechtswidrigen Aggressionskrieg, der allenfalls eines beweist – die Notwendigkeit der raschen Abschaffung dieses Kriegsbündnisses.

Hans-Joachim Weise

www.die-linke-ilmenau.de

Einst geachtet und verehrt, heute „Persona non grata“ - Ernst Thälmann zum 125. Geburtstag am 16. April

„Heimatland, reck Deine Glieder, kühn und beflaggt ist das Jahr, breit in den Schultern steht wieder Thälmann vor uns wie er war“ und „Wie Ernst Thälmann treu und kühn“ sangen wir einst in Schule und Pionierorganisation. Zu seinem 100. Geburtstag 1986 erlebte die Hauptstadt der DDR die Eröffnung des Ernst-Thälmann-Parks samt Einweihung des ihm gewidmeten Denkmals. Straßen und Plätze sowie Schulen und Betriebe trugen seinen Namen, das Niederlegen von Blumen und Kränzen an der Stelle am Krematorium des KZ Buchenwald, wo er in der Nacht des 18. August 1944 von SS-Angehörigen nach jener Bemerkung auf Himmlers Notizzettel „Thälmann – ist zu exekutieren“ heimtückisch und hinterrücks ermordet worden war, bei Besuchen der Mahn- und Gedenkstätte eine Selbstverständlichkeit. Nur drei Jahre nach jenen Ehrungen von 1986 wurde er zur Unperson: Kampf um die Fürstenenteignung, Bauernhilfsprogramm der KPD, Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, Kampf gegen den Faschismus zählten plötzlich ebenso wenig wie seine eindringliche Warnung „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“. Elfeinhalb Jahre strengste Einzelhaft und Folterungen in faschistischen Zuchthäusern galten auf einmal nicht mehr, der heimtückische Mord war entweder kein solcher gewesen oder eben eine Sache, an der der Mann doch letzten Endes nun einmal selbst Schuld hatte. So oder so ähnlich handelten Personen, die erst lautstark nach „der Demokratie“ (welcher?) und dann nach „der Einheit“ (natürlich per Beitritt) und der D-Mark schrien, um dann im Zuge der gesellschaftlichen „Säuberung“ seinen Namen aus der Öffentlichkeit zu tilgen. Mit dem Verdikt „Stalinist“ wurde der Bann über eine der populärsten Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung und eines der prominentesten Opfer des deutschen Faschismus verhängt. Eine sachliche und unvoreingenommene Aufarbeitung seines Wirkens und damit auch seiner Fehler wurde damit bewusst und gewollt verhindert, stattdessen eine Welle der antikommunistischen Hysterie entfacht. Mit der „Stalinismus“-Keule wurde in eifervoller Anbiederung an die neuen alten Verhältnisse politischer Kahlschlag betrieben – man lese nur die am Krematorium in Buchenwald nach 1990 angebrachte Tafel, die zum Ausdruck bringt, wie Ernst Thälmann gemäß der Lesart bundesdeutscher Politik und Propaganda gefälligst zu bewerten ist. Dass die an seiner Ermordung Beteiligten in der BRD nie bestraft wurden, gegen einen von ihnen, den als ehrbarer Berufsschullehrer in Geldern am Rhein tätig gewesenen einstigen Stabsscharführer Wolfgang Otto erst ein von Rechtsanwalt Heinrich Hannover durchgesetztes Klageerzwingungsverfahren notwendig war, spielte keinerlei Rolle, auch nicht, dass der der Tat dringend Verdächtige mit wohlwollender Milde behandelt und natürlich ganz „rechtsstaatlich“ freigesprochen worden war. Auf der anderen Seite wurde freilich äußerst großzügig verfahren – beim SPD-Politiker Paul Löbe zum Beispiel störten sich bundesdeutsche Politiker nicht daran, dass er sowohl eine Einheitsfront gegen den Faschismus als auch nach dem 30. Januar 1933 einen Generalstreik zum sofortigen Sturz der Nazi-Regierung kategorisch abgelehnt und sich der Illusion hingegeben hatte, durch Abwahl sämtlicher jüdischer Mitglieder des Parteivorstandes und Zustimmung zu Hitlers außenpolitischem Programm das Verbot der Partei abwenden zu können.

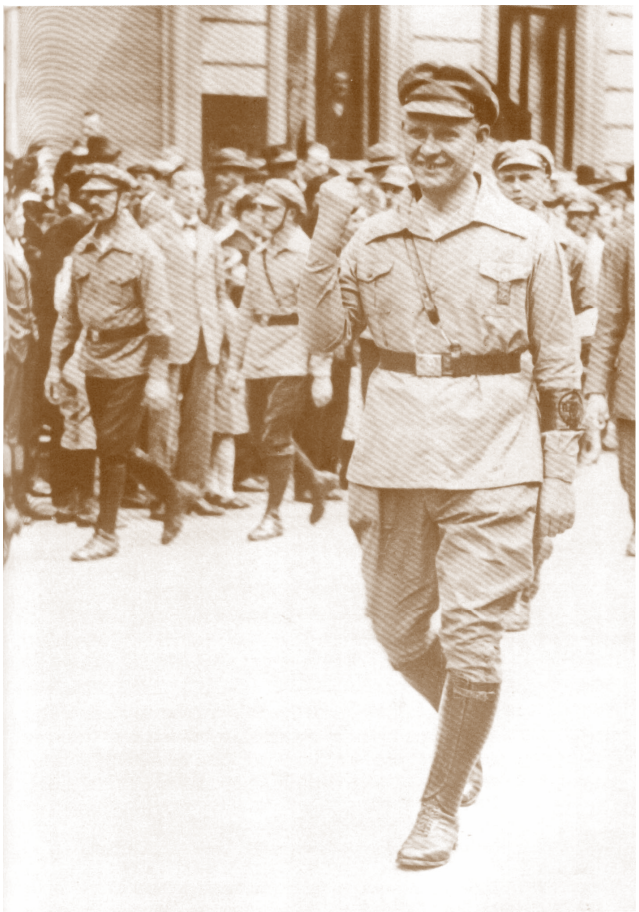

Bild: Ernst Thälmann als Vorsitzender des 1925 gegründeten und von den Regierenden der Weimarer Republik bereits 1929 verbotenen Roten Frontkämpferbundes – Hitlers SA-Schlägertrupps konnten so ungehindert prügeln und morden, wogegen der KPD die Möglichkeit genommen wurde, sich gegen den Nazi-Terror zur Wehr zu setzen.

Ja, Ernst Thälmann hatte als Vorsitzender der KPD einen Kurs durchgesetzt, der bedingungslos der weitgehend von Josef Stalin bestimmten Politik von KPdSU (B) und Kommunistischer Internationale folgte. Vieles, genannt sei vor allem die Sozialfaschismus-These, wirkte sich verhängnisvoll auf die deutsche Arbeiterbewegung aus, vertiefte ihre Spaltung und behinderte den gemeinsamen Kampf gegen den aufkommenden Faschismus ebenso wie die Losung „Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!“ Immerhin war

die KPD in der Lage, in einem durchaus nicht einfachen und schmerzhaften Prozess solche schwerwiegenden Fehler zu erkennen und auch zu beseitigen, wogegen von einer Überwindung des nicht minder schädlichen und verhängnisvollen Antikommunismus durch die SPD bis heute keine Rede sein kann, ja, mit der einst von Kurt Schumacher in die Öffentlichkeit gebrachten verleumderischen und beleidigenden Behauptung von den „rotlackierten Faschisten“ noch in den 1990er Jahren dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) das Stichwort für die politische Hetzjagd auf alles Linke, damals in erster Linie die PDS, gegeben wurde. Viele Irrtümer, Fehler und Fehlleistungen der KPD vor 1933 und auch Ernst Thälmanns persönlich sind freilich nur aus den Verhältnissen der damaligen Zeit zu erklären und dazu zählen unter Regierungsverantwortung der SPD in der Weimarer Republik keineswegs Minderung, sondern Verschärfung von Not und Elend von Arbeitern in Industrie und Landwirtschaft, Kleinbauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden. Dazu zählen der Bruch des Versprechens „Kinderspeisung statt Panzerkreuzerbau“, der Blutmai 1929 und die Maßregelung von Sozialdemokraten, die zum gemeinsamen Kampf von KPD und SPD gegen die faschistische Gefahr bereit waren. Nicht vergessen werden darf auch, dass gerade nach dem Scheitern der Novemberrevolution sowie angesichts von Not und Elend, vor allem in den Zeiten von Inflation und Weltwirtschaftskrise, die Sowjetunion für viele kommunistische Parteien das Vorbild schlechthin darstellte und so weitgehend unkritisch gesehen, Fehler, Entartungen, Gebrechen und auch Verbrechen entweder nicht zur Kenntnis genommen oder in voller Tragweite erkannt, allenfalls als vorübergehende, der wütenden Bekämpfung der Sowjetmacht durch das internationale Kapital geschuldete Erscheinungen gesehen wurden. Nichts desto trotz blieb Ernst Thälmann den Nazis auch im Zuchthaus ein gefährlicher Gegner, so gefährlich, dass sie weder der weltweiten Solidaritätsbewegung „Freiheit für Ernst Thälmann“ nachgaben, noch ihm den großangekündigten Prozess zu machen wagten. Die schwere Schlappe, die sie sich dank Georgi Dimitroffs mutiger Verteidigung mit dem Reichstagsbrand-Prozess eingehandelt hatten, steckte ihnen tief in den Knochen. Dass angesichts der äußerst scharfen Bewachung Versuche zur Befreiung aus dem Zuchthaus scheiterten, ist wohl nachvollziehbar, die Rolle der UdSSR und Josef Stalins persönlich, insbesondere nach dem Abschluss des Nichtangriffspaktes von 1939, ist es nicht. War es ein Ausdruck von Beschwichtigungstaktik gegenüber dem deutschen Faschismus, der Ernst Thälmann geopfert wurde, Angst vor einem Mann, der in Stalins Augen möglicherweise zu viel wusste, der zu eigenen Erkenntnissen fähig war, die dem „großen Steuermann“ am Ende gefährlich werden konnten? Oder war es einfach nur persönliches Desinteresse, menschliche Kälte? Man denke da an die Szene im Filmzyklus „Befreiung“, in der die Nazi-Führung den Austausch seines in Kriegsgefangenschaft geratenen Sohnes Jakow gegen einen deutschen General anbot und er ohne zu zögern und mehr beiläufig, aber sehr bestimmt antwortete „Ein einfacher Soldat gegen einen General? – Nein!“

Ernst Thälmann hat in vielem gefehlt – sein Leben und Wirken jedoch insgesamt galten einer Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit, ohne Arbeitslosigkeit, Armut per Gesetz mit Kinder- und Altersarmut sowie Obdachlosigkeit, einer Gesellschaft ohne Profitgier und Krieg, einer Gesellschaft ohne Faschismus und Militarismus. Gerade im Kampf gegen alten und neuen Faschismus bleibt er eine Symbolfigur. Das aber ist aller Ehren wert und das kann ihm kein noch so hysterischer Antikommunist nehmen.

H.-J. Weise

Quelle: *„Ernst Thälmann“ -Eine Biographie, Dietz Verlag, Berlin 1979*

Leserbrief:

Herr Buchtzik und der Rechtsextremismus

Zu einem Gespräch mit Herrn Buchtzik, Herausgeber des „Arnstädter Stadtecho“, am 24. März 2011

Anlaß waren 2 Artikel in der Ausgabe des „Arnstädter Stadtecho“ vom 23. März 2011 (Nr. 131).

Herr Buchtzik preist eine Broschüre „Dresden Maximal 25000 Tote?“ von einem Herrn Dr. Ronald Gläser an.

Der Historiker Dr. Ronald Gläser (Jahrgang 1983) zweifelt die Zahl von 25.000 Toten an und begründe das damit, dass alle anderen Forschungsergebnisse aus politischen Gründen „mundtot“ gemacht worden seien, vor und nach 1989. Die Broschüre ist kostenlos bei Herrn Buchtzik zu erhalten.

Mein Interesse war geweckt. Beim Stichwort „Ronald Gläser“ stieß ich im Internet sofort auf Hinweise von ihm und wo? – bei den rechtsradikalen Zeitschriften „Junge Freiheit“ und „eigentümlich frei“. Dort ist er seit 1995 ein sehr eifriger Autor – übrigens auch die Vielfach-Parteien-Wechslerin Vera Lengsfeld.

Einige seiner Aussagen:

Die Sozialtransfers des BRD-Sozialismus (tatsächlich, so klassifiziert der Historiker die jetzige BRD!) in den Osten sollen diesen nur ruhig stellen. Alte Stasi- und SED-Omas und –Opas erhalten Spitzenrenten, obwohl sie bei Wasser und Brot ins Gefängnis gehören – ohne Verurteilung sozusagen.

Zum Verhältnis von Neonazis und der Antifa behauptet er, dass sich beide gegenseitig wie die Luft zum Atmen bräuchten. Die Antifa, um satte Steuergelder für ihren angeblichen Kampf gegen den Neofaschismus zu finanzieren, die Neonazis benötigen den „Kampf gegen rechts“ zur eigenen Bestätigung, sie fühlten sich dann ernstgenommen. So einfältig ist das Weltbild eines Historikers. Kein Wort zu den offensichtlichen politischen Zielen der Neofaschismus.

Zu Sarrazins Auslassungen in „Deut-

schland schafft sich ab“ meint er:
Das Buch ist grandios, jeder Absatz ein Kracher ... und dass Intelligenz zu einem erheblichen Teil erblich ist, können nur Idioten leugnen. Nun, da müssen aber seine Eltern unter erheblichen Defiziten gelitten haben.
Zu den Neonazi-Aufmärschen in Dresden hat er tiefschürfende demokratische Auffassungen:
Demonstrationen gegen die ihr demokratisches Recht auf Meinungsfreiheit wahrnehmenden Neonazis müssen konsequent verboten, dieses Verbot mit Macht durchgesetzt und den Jubelpersern (gemeint sind wohl die Gegendemonstranten) der Geldhahn zugedreht werden. Er behauptet allen Ernstes, Teilnehmer an den Protestdemonstrationen erhielten Geld. Also: Freiheit und Demokratie nur für Neonazis!
In anderen Artikeln vertritt er einen ungezügelten Ausländerhass.
Damit konfrontiert, meinte der immer für eine offene und demokratische Diskussion eintretende Herausgeber des „Arnstädter Stadtecho“ nur, dass sei doch keine Ideologie , sondern nur das Recht auf eine Meinung. Und es geht mit der Bombardierung Dresdens weiter, alle alten Legenden werden aufgewärmt Die Geschichte müsste neu bewertet werden, Dresden sei völlig schutzlos, militärisch unbedeutend, die kriegswichtige Industrie bereits evakuiert, eine reine Kunststadt gewesen usw. Augenzeugen würden immer wieder von den Tieffliegerangriffen und vom Phosphorregen berichten. Mein etwas anderer Standpunkt wird negiert und mit der Behauptung gekontert, bei den Luftangriffen auf das viel kleinere Nordhausen seien mindestens 25.000 Menschen umgekommen.
Meine Recherche kurz danach im Internet ergab die sachliche Aussage von 8.800 Toten (aufgegliedert nach ständigen Bewohnern, Flüchtlingen und KZ-Häftlingen). In einem Telefonat teilte ich das Herrn Buchtzik mit. Seine Reaktion: Das sei nur eine Meinung unter Vielen.
Mein Fazit: Herr Buchtzik von der Fraktion „Pro Arnstadt“ im Stadtrat und als Herausgeber des „Arnstädter Stadtecho“ negiert offensichtliche Tatsachen und ist zu keiner sachlichen Diskussion fähig –offensichtlich auch auf Grund fehlenden geschichtlichen Wissens. Wie das mit wertkonservativen Positionen zu vereinbaren, ist für mich ein Rätsel. Ich bezeichne dies als rechtsextrem.

Zum zweiten Artikel:
Herr Thomas Eidam aus Arnstadt kritisiert in einem Leserbrief die Formulierung „die SPD sei die kleine Stiefschwesterpartei der Linken“ im Vorwort der Februarausgabe des „Arnstädter Stadtecho“ und schreibt dazu , wenn es denn so wäre, so sei doch die CDU die kleine Stiefschwesterpartei der NPD. Er verwahre sich entschieden gegen eine solche primitive Streitkultur.
Und was macht Herr Buchtzik? Er belehrt in größerem Umfang den Leserbriefschreiber darüber, dass er sich doch bitte zu überlegen habe, weiterhin SPD-Mitglied in einem „linksextremistischen Umfeld“ zu bleiben. SPD und die Linken würden sich ja in ihren politischen Ansichten kaum noch unterscheiden. Da hat er auf einmal den großen politischen Blick, der ihm bei den Rechtsextremisten fehlt.
Darauf angesprochen, woher er sich das Recht zu dieser Belehrung nehme, da ja im Impressum eindeutig stehe, dass Leserbriefe nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln, wußte Herr Buchtzik nicht so richtig zu antworten. Ich habe darauf verwiesen, dass seine Angst vor einem Bündnis SPD-LINKE in Thüringen (siehe Matschie) oder Sachsen-Anhalt (Bullerjahn) völlig unbegründet seien. Die SPD gehe doch liebend gern mit der CDU ins Ehebett und meide die LINKE wie der Teufel das Weihwasser, kam als erhellende Antwort: In der nächsten Ausgabe des „Arnstädter Stadtecho“ würde in einem Leserbrief bewiesen, wie die SPD gemeinsam mit der KPD nach dem Juni 1945 in Arnstadt gewütet hätte.
Darauf bin ich dann sehr gespannt.

Peter Lachmann

Zur Wahl in Sachsen-Anhalt

Vom Absturz der FDP einmal abgesehen war das Wahlergebnis in Sachsen -Anhalt nicht viel anders als das Thüringer von 2009. Mit anderen Worten, die Wahl ging aus wie das sprichwörtliche Hornberger Schießen, denn Veränderungen im Hinblick auf ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit sind nicht zu erwarten. Die SPD unter Herrn Bullerjahn ist genauso wie die Thüringer unter Herrn Matschie in ihrem schon von Thomas Mann als „die Grundtorheit unserer Epoche“ gegeißelten Antikommunismus gefangen und der einst aus dem Erich-Ollenhauer-Haus gepredigte „Demokratische Sozialismus“ hat bei dieser Partei spätestens um die Jahreswende 1989/90 das Verfallsdatum erreicht, will heißen, dass er als reiner Propagandabegriff gemeint war. Was SPD und CDU, aber genauso die Grünen und auch die nun hinauskatapultierte FDP außer dem Antikommunismus eint, ist die Tatsache, dass es sich bei allen um „Hartz IV“- und Kriegsparteien handelt und schlecht beraten sind die Wählerinnen und Wähler, die das vergessen haben. Von einer „Partei der sozialen Gerechtigkeit“ kann bei der SPD jedenfalls keine Rede sein, weshalb von der Sache her die Neuauflage einer Koalition mit der CDU absehbar ist. Wäre dem nicht so, hätte sich Herr Bullerjahn nicht genauso wie weiland Herr Matschie gegen einen linken Ministerpräsidenten gesträubt. Er ist vielmehr getreulich dessen Vorbild gefolgt und wird ebenfalls keine Probleme mit einem Ministerpräsidenten der CDU haben. Auf der Strecke bleibt eines – ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit wird es wie schon eingangs gesagt auch in Sachsen-Anhalt nicht geben, aber weitere Streichungen in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur und Gesundheit sind keineswegs auszuschließen. Alles andere wäre wirklich eine ganz große Überraschung.

H.-J. Weise

Termine im Monat April

Stadt-/Kreisvorstandssitzungen:

04.04.11	19.00 Uhr	Stadtvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
13.04.11	19.00 Uhr	Kreisvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX.Treff
20.04.11	18.00 Uhr	Stadtvorstand. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
02.05.11	19.00 Uhr	Stadtvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE

Fraktionssitzungen:

04.04. 11	19.00 Uhr	Kreistagsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle
12.04.11	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle
18.04.11	17.30 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle
26.04.11	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle

Basisorganisationen:

05.04.11	09.30 Uhr	Basisvorsitzende. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX-Treff

Stadtrats-/Kreistagssitzungen:

06.04.11	14.00 Uhr	Kreistag. Arnstadt; Stadthalle
14.04.11	16.00 Uhr	Stadtrat. Ilmenau; Rathaus

Wenn die Welt
eine Bank wäre,
hättet Ihr sie schon längst
gerettet!

DIE LINKE.

Weitere Veranstaltungen:

07.04.11	14.00 Uhr	AG-Senioren. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX.Treff
08.04.11		Ehrung der Opfer des Todesmarsches vom April 1945 an den Stelen
	09.00 Uhr	Arnstadt; Südbahnhof; 09.15 Uhr Arnstadt; Wachsenburger Allee; 09.35 Uhr Espenfeld; 09.50 Uhr Espenfeld; Ehrenmal; 10.10 Uhr Siegelbach; 10. 25 Plaue; 10. 45 Uhr Gräfenroda; 11.05 Uhr Frankenhain; 11.45 Uhr Stadtilm; 12.00 Uhr **Dienstedt;** 12.20 Uhr Nahwinden
09.04.11	11.00 Uhr	Ehrung für die Opfer des Außenlagers SIII des KZ-Buchenwald. Arnstadt, Jonastal; Ehrenmal
11.04.11	19.00 Uhr	Europapolitischer - Stammtisch. Ilmenau; „Altmarktschenke“
13.04.11	15.00 Uhr	Mieten- und Rentensprechstunde. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
23.04.11		Ostermarsch 2011
	08.30 Uhr	Eröffnung in Arnstadt. Alter Friedhof; „Rufer“.
	10.00 Uhr	Bahnhof Ohrdruf. Beginn des Thüringer Ostermarsches
01.05.11		Veranstaltungen zum 1. Mai 2011
	10.00 Uhr	Arnstadt. Zimmerstraße 6
	10.00 Uhr	Ilmenau. An der Schlossmauer
	10.00 Uhr	Gehren. Gaststätte „Zum Steinbruch“
08. 05. 11	10.00 Uhr	Gedenken an die Opfer des Faschismus. Arnstadt, Friedhof Gedenkstätte für die ermordeten Zwangsarbeiter

www.die-linke-ilmkreis.de